

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 04.10.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:04 Uhr bis 18:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Paulsen	Ausschussvorsitzender, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Andreas Scholtyssek	CDU
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Frau Birgit Leibrich	parteilos
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE
Frau Julia Burghardt	SKE
Frau Marion Krischok	SKE
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE
Frau Dr. Regina Schöps	SKE
Herr Stefan Schulz	SKE
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter
Herr Rene Müller	Protokollführer
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung
Herr Dr. Ernst Müllers	Verwaltung
Frau Rita Lachky	Verwaltung
Herr Wolfgang Hans	Verwaltung

anwesend ab 17:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Frau Martina Wildgrube	FDP
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass die Verwaltung bitte, die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1 zu vertagen, da in der letzten Sitzung eine gemeinsame Behandlung beider Punkte vereinbart wurde, aber die Verwaltung das Handlungskonzept erst in der Novembersitzung vorlegen könne. **Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, stimmte einer Vertagung als Antragsteller zu Tagesordnungspunkt 5.1 zu.

Herr Paulsen teilte mit, dass die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.2.1 auf Bitten der FDP-Fraktion vertagt werden sollen. Er sehe darin keine Probleme, da der Ausschuss sowieso das Votum des Kulturausschusses abwarten wollte und dieser noch nicht wieder getagt habe.

Es wird unter 7.3 der Bericht zur Luftreinhalteplanung aufgenommen.

Da die Niederschrift zur letzten Sitzung noch nicht verteilt wurde, sei die Genehmigung erst in der nächsten Sitzung möglich. Somit wird der Tagesordnungspunkt 3 vertagt.

Zum Tagesordnungspunkt wurde ein Änderungsantrag gestellt. Dieser wurde als Tischvorlage verteilt und soll unter 4.1.1 in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Da unter Mitteilung der Bericht zur Fluglärmkommission auf der Tagesordnung stehe, bat der Bürgerverein "Fluglärm Halle Ost e.V." um Mitteilung aktueller Informationen. Vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes 4.1 bittet Frau Claudia Pärsh für den Bürgerverein um Gewährung des Rederechts.

Abstimmung zum Antrag auf Rederecht: mehrheitlich zugestimmt

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2012

- vertagt**
4. Beschlussvorlagen
Mitteilung zum Fluglärm (Mitteilung des Bürgervereins "Fluglärm Halle Ost e.V.")
 - 4.1 Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626
 - 4.1.1. Änderungsantrag des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur
Beschlussvorlage „Brandschutzbedarfsplan“ (Vorlagen-Nr. V/2012/10626)
Vorlage: V/2012/11106
 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

Handlungskonzept zum Baumbestand Halle-Neustadt (Mitteilung der
Stadtverwaltung)
 - 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in
der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844 **vertagt**
 - 5.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open
Vorlage: V/2012/10586 **vertagt**
 - 5.2.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -
Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open
Vorlage: V/2012/10880 **vertagt**
 - 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Einführung eines
Terminvergabesystems für den Bürgerservice
Vorlage: V/2012/10780 **vertagt**
 6. schriftliche Anfragen von Stadträten
 7. Mitteilungen
 - 7.1. Bericht zur Fluglärmkommission
 - 7.2. Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht
 - 7.3. Bericht zur Luftreinhalteplanung
 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2012

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 4 Beschlussvorlagen

Mitteilung zum Fluglärm

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Claudia Pärsch vom Bürgerverein "Fluglärm Halle Ost e.V."

Claudia Pärsch, Vorsitzende des Bürgervereins „Fluglärm Halle Ost e.V.“, bedankte sich zur Einräumung des Rederechts und informierte über den aktuellen Stand zu Flügen über den halleschen Osten. Die als damalige Notabflugroute eingeführte Flugbahn sei mittlerweile die zweithäufigste Route. Dadurch seien rund 15.000 bis 18.000 Bürger mit erhöhtem Lärm betroffen. Am Tag seien zwischen 70-80 dBA und nachts über 50 dBA messbar. Weiterhin wolle die Stadt in Halle-Ost weitere Baugebiete erschließen. Aus diesem Grund bat sie um Unterstützung des Antrages der Stadt Halle an die Deutsche Flugsicherung.

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 4.1 Brandschutzbedarfsplan Vorlage: V/2012/10626

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, bedankte sich für die Mitarbeit aller Fraktionen und stellte sich gern weiterer Fragen.

Herr Paulsen gab die Möglichkeit von Nachfragen.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass im Stellenplan 2012 des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst 203 Vollzeitstellen für den Bereich des Einsatzdienstes ausgewiesen seien. Von diesen Vollzeitstellen sind vier Vollzeitstellen gegenwärtig nicht besetzt. Er möchte wissen, wie die hierfür als Personalausgaben nicht aufgewendeten finanziellen Mittel verwendet werden? **Herr Halko, stellvertr. Amtsleiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, sicherte eine schriftliche Beantwortung vor der nächsten Beratung der Vorlage im Finanzausschuss zu.

Herr Scholtyssek merkte an, dass bei der Errichtung der Außenwache kein Löschzug mehr in der Südwestecke vor Ort sei. Er möchte wissen, ob das die Verwaltung rechtfertigen könne.

Herr Halko teilte mit, dass die Verwaltung dies rechtfertigen könne, da weiterhin das Erreichen des Schutzziels sichergestellt sei. Ein Löschzug müsse 17 Minuten nach der Alarmierung am Ereignisort eintreffen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte seinen Änderungsantrag (V/2012/11106) vor. Ziel sei es, die zur Erreichung des Schutzziels notwendige neue Außenwache nicht von vorneherein auf den StarPark an der A14 zu fokussieren sondern bei der notwendigen Prüfung für Standorte so auch nötige Offenheit zu haben, die nördlichen Stadtteile und das Industriegebiet Trotha abzudecken und beim StarPark mit den FFWD in der Umgebung zu arbeiten. Nach Rücksprache der Verwaltung werde der Antrag wie folgt abgeändert:

2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung im Industriegebiet Star Park Halle A 14 ist **die Errichtung einer weiteren Außenwache der Berufsfeuerwehr zu errichten notwendig. Ziel ist die Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.**

Herr Halko, stellvertr. Amtsleiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, begrüßte die Änderung.

Herr Brockmann, Sachkundiger Einwohner, schlug vor, das ehemalige Metro-Gelände als neuen Standort für die Außenwache zu nutzen. **Herr Halko** teilte mit, dass die Prüfung eines geeigneten Geländes erst der zweite Schritt sei.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, teilte mit, dass die Verwaltung keine Bedenken gegen den Änderungsantrag habe und sie die Formulierung übernehme. **Herr Paulsen** erklärte den Antrag anschließend als erledigt.

Herr Paulsen wies bezüglich des Projektes zur Atemschutzübungsanlage darauf hin, dass die Nutzung der Anlage in Schkopau seit 2008 erfolge, welche aber nicht DIN-gerecht sei. Er fragte, warum jetzt erst das Projekt zur Errichtung angegangen werde und ob angesichts der hohen Kosten für eine neue Anlage die Weiterzahlung der Nutzungskosten externer Übungsanlagen nicht sinnvoller sei. **Herr Halko** teilte mit, dass die Nutzung in Schkopau nur aus dem Grund erfolgte, da es keine andere Möglichkeit gab. Die gesetzliche Mindestanforderung verpflichte die Nutzung einer solchen Anlage mindestens einmal im Jahr. Die Verwaltung würde gern eine dreimalige Nutzung pro Jahr ermöglichen. Dazu sei eine neue Anlage notwendig. Durch den Bau einer neuen Anlage im Stadtgebiet würden weiterhin weite Wege für die Freiwilligen Feuerwehren entfallen, welche für die Nutzung ihre Freizeit opfern. Andere Standorte einer solchen Anlage seien zu weit weg, beziehungsweise wurde die Kapazitätsgrenze erreicht. Zudem erhoffe man sich, dass Ortsfeuerwehren des Umlandes zukünftig die für sie näher gelegene städtische Übungsanlage benutzen würden, wie es in der Vergangenheit auch schon üblich gewesen sei.

Herr Paulsen fragte, warum laut Beschlussvorschlag nicht der gesamte Brandschutzbedarfsplan, sondern nur Kapitel 8.3 beschlossen werden solle. **Herr Halko** teilte mit, dass unter Kapitel 8.3 das Ergebnis des ganzen Brandschutzbedarfsplanes zusammengefasst wurde. Einfachheitshalber solle nur Kapitel 8.3 beschlossen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die unter Kapitel 8.3 des anliegenden Brandschutzbedarfsplans aufgeführten Maßnahmen. Die Umsetzung erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplanes.

2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung im Industriegebiet Star Park Halle A 14 ist **die Errichtung einer weiteren** Außenwache der Berufsfeuerwehr zu ~~errichten~~ **notwendig. Ziel ist die Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.**

3. Der Stadtrat beschließt folgendes Schutzziel:

- 9 Einsatzkräfte treffen in der Regel und unter gewöhnlichen Bedingungen innerhalb von 12 Minuten nach der Alarmierung an jeder Einsatzstelle ein, die über öffentliche Verkehrsflächen zu erreichen ist.
- Nach weiteren 5 Minuten sollen 6 weitere Einsatzkräfte an der Einsatzstelle eintreffen.
- Bei mindestens 80 % der hilfsfristpflichtigen Einsätze sollen in jedem Stadtteil/Stadtviertel die Zielgröße Hilfsfrist und Funktionsstärke eingehalten werden.

zu 4.1.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage „Brandschutzbedarfsplan“ (Vorlagen-Nr. V/2012/10626)
Vorlage: V/2012/11106**

Abstimmungsergebnis: erledigt
durch Übernahme der Verwaltung

geänderter Beschlussvorschlag:

2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung im Industriegebiet Star Park Halle A 14 ist **die Errichtung einer weiteren** Außenwache der Berufsfeuerwehr zu ~~errichten~~ **notwendig. Ziel ist die Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.**

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Handlungskonzept zum Baumbestand Halle-Neustadt (Mitteilung der Stadtverwaltung)

Die Mitteilung wurde vertagt.

zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844

Abstimmungsergebnis: vertagt
durch Erklärung des Antragstellers

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass mittelfristig notwendige Baumfällungen durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplanentwürfen der Stadtverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2013 zu berücksichtigen.
2. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Kompensation der Altbestände von Hybridpappeln durch die Pflanzung anderer Baumarten im Stadtteil Neustadt zu richten.
3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die finanzielle Ausstattung des Grünflächenamtes einen langfristigen Pflegeplan für den kommunalen Baumbestand einschließlich des Straßenbaumbestandes ermöglicht.

zu 5.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10586

Abstimmungsergebnis: vertagt
durch Erklärung des Antragstellers

Beschlussvorschlag:

1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt präzisiert: In die Vereinbarung werden Klauseln eingefügt, die die Ausgestaltung des Salzfestes und der Händels Open detaillierter regeln.
2. Bei den Händels Open wird dem besonderen Kulturanspruch der Stadt an diese Veranstaltung Rechnung getragen. Ein Bezug zu Georg Friedrich Händel und zur Barockzeit muss deutlich erkennbar sein. Moderne Elemente mit Bezug auf diese Werke sind ergänzend möglich.
3. Das Salzfest bezieht seinen Namen aus der halleschen Salzwirker-Tradition. Daran muss sich das Veranstaltungskonzept messen lassen. Das Verkaufssortiment hat sich von einem üblichen Marktsortiment durch einen besonderen Bezug zur Salztradition zu unterscheiden.
4. Sollte der Betreiber der Änderung nicht zustimmen, wird die Kooperationsvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt (30.11.2012) gekündigt.

5. Die Stadtverwaltung legt jedes Jahr das Programm der Veranstaltungen im zuständigen Fachausschuss des Stadtrates rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung zur Bestätigung vor.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10880**

Abstimmungsergebnis: vertagt
durch Erklärung des Antragstellers

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit dem Ziel neu verhandelt, die Ausgestaltung der Veranstaltungen stärker an den Interessen der Stadt auszurichten. In die Kooperationsvereinbarung werden konkrete Kriterien aufgenommen, die dem historischen Bezug und dem Namen der Veranstaltungen Rechnung tragen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diesen Prozess zu organisieren und den Kulturausschuss zu informieren.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Einführung eines Terminvergabesystems für den Bürgerservice
Vorlage: V/2012/10780**

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und erläuterte für die Antragsteller die Intention des vorliegenden Antrags. Er verwies auf die Diskussionsbeiträge in der letzten Sitzung. **Frau Lachky, Amtsleiterin des Amtes für Bürgerservice**, teilte mit, dass das Amt für Bürgerservice aus verschiedenen Ressorts bestehe und darunter sich auch die Ausländerbehörde befinde. In allen Ressorts seien Terminvergaben möglich. In der Ausländerbehörde sei aufgrund des Wissenschaftsstandortes speziell für ausländische Wissenschaftler und Studierende Terminvergaben seit einigen Jahren möglich. Darüber hinaus sei jetzt auch für alle anderen Bürger Terminvergaben ermöglicht worden. Durch die Einführung der Terminvergaben über das Bürgertelefon sei eine neue Qualität erreicht worden, welche auch sehr gut angenommen werde. Ziel sei es, diesen Service auf alle Ressorts auszuweiten. Sie wies darauf hin, dass derzeit wieder sehr viele Studenten sich in Halle anmelden. Für diese seien Sonderöffnungszeiten außerhalb der gewöhnlichen Öffnungszeiten eingerichtet worden.

Herr Knöchel möchte wissen, wie hoch der finanzielle Aufwand für die Einführung der elektrischen Terminvergabe sei. **Frau Lachky** sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Paulsen erklärt, dass er die Intention des Antrags durch die Verwaltung umgesetzt sehe und für seine Fraktion den Antrag daher zurückziehe.

Abstimmungsergebnis: erledigt
durch Erklärung des Antragstellers

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Einführung eines Terminvergabesystems für die Bürgerservicestellen zu prüfen und dem Stadtrat eine Beschlussempfehlung vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht zur Fluglärmkommission

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Frau Ruhl-Herpertz. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin des Umweltamtes**, teilte Ergebnisse der Fluglärmkommission mit und verwies auf den ausgeteilten Sachstandsbericht, welcher auch im Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Dieser Sachstandsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die ausgeteilte Informationsvorlage, welche auch im Ratsinformationssystem eingestellt wurde. **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit**, teilte mit, dass sich der letzte Absatz der Informationsvorlage auf die Anfrage des Herrn Krause im Stadtrat beziehe. Dort wurde vereinbart, dass die Beantwortung schriftlich in dieser Informationsvorlage erfolge. Diese Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Bericht zur Luftreinhalteplanung

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Frau Ruhl-Herpertz. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin des Umweltamtes**, verwies auf den ausgeteilten Sachstandsbericht, welcher auch im Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Dieser Sachstandsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, fragte bezüglich des Berichtes zur Fluglärmkommission, ob es einen Nutzen bringen würde, wenn der Stadtrat durch Beschluss die Verwaltung auffordere den Bürgerverein zu unterstützen. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin des Umweltamtes**, teilte mit, dass ein solcher Beschluss Signalwirkung habe und die Bemühungen unterstreiche. **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, unterstütze die Intention und würde gern fraktionsübergreifend einen gemeinsamen Antrag stellen. **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit**, teilte mit, dass die Verwaltung bei der Formulierung des Antrages unterstütze. Frau Ruhl-Herpertz wird den Beschlussvorschlag für einen Antrag für die Oktobersitzung des Stadtrates vorbereiten.

Herr Köck, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass das Engagement der USA in Afghanistan zu Ende gehe und der Flughafen Leipzig als Zwischenstandort diene. Er möchte wissen, welche Auswirkungen dies habe bzw. wie hoch die Entlastung sei. **Frau Ruhl-Herpertz** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, bat um eine Stellungnahme der Wirtschaftsförderung zum Engagement der Stadt Halle in der Fluglärmkommission. **Frau Ruhl-Herpertz** teilte mit, dass es hier nicht um die Verhinderung des Flughafens gehe, sondern um Optimierung der Flugrouten. **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, merkte an, dass die Stadt in der Fluglärmkommission vertreten sei und somit doch die gesamte Verwaltungsspitze dahinterstehe. **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit**, sicherte zu, dass dieser Gedanke mit im Beschlussvorschlag integriert werde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies bezüglich der Informationsvorlage zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht darauf hin, dass überall, wo Lichtzeichenanlagen vorhanden seien, keine Überprüfung stattfänden. Er fragte:

1. Wie hoch ist der finanzielle Aufwand und wo entsteht dieser?
2. Wie lautet die Stellungnahme der Oberen Verkehrsbehörde?
3. Wie lautete das Ergebnis aus der Städtebefragung?

Weiterhin werden 4 Beispiele für Schaltungen für Radfahrer erbeten.

Herr Dr. Müllers, Amtsleiter des Ordnungsamt, sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Paulsen möchte gern wissen, warum eine Abschilderung Geld koste und ob die Verwaltung tatsächlich die bereits festgestellten Aufhebungen der Benutzungspflichten nicht umsetze. **Herr Dr. Müllers, Amtsleiter des Ordnungsamtes**, wies darauf hin, dass das Tiefbauamt Unternehmen beauftrage. **Herr Rohde, Sachbearbeiter Team Verkehrstechnik**, teilte mit, dass 31 Kreuzungen im Arbeitskreis überprüft wurden und noch weitere überprüft werden. Die Stadt habe keinen Bauhof, somit erfolge die Beauftragung von Fremdfirmen. Mit dem heutigen Tag wurden 3 Straßen ausgeführt. Weitere Aufträge liegen vor und werden abgearbeitet.

Frau Krischok, Sachkundige Einwohnerin, bat bezüglich des ausgeteilten Sachstandsberichtes zur Luftreinhalteplanung genauere Angaben zu den Kontrollen der Einhaltung der Fahrverbote (letzter Anstrich). **Frau Ruhl-Herpertz** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass das Gebäude in der Merseburger Straße/ Ecke Huttenstraße seit vielen Jahren leer stand. In der letzten Woche wurde mit der Entkernung begonnen. Sie möchte wissen, ob die Stadt den Eigentümer gefunden habe oder sie den Auftrag selbst gegeben habe. Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE., fragte an, ob in diesem Jahr noch Veranstaltungen in der Eissporthalle durchgeführt werden. Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

Frau Krischok, Sachkundige Einwohnerin, wies auf den bevorstehenden Winter hin. Sie fragte:

1. Ist die Stadt auf den Winter in Bezug auf Schneeräumung ausreichend vorbereitet?
2. Werden wie im letzten Jahr wieder Hinweise im Amtsblatt veröffentlicht?
3. Werden für die Anwohner von schmalen Straßen Sammelplätze für Schnee zur Verfügung gestellt?

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok, Sachkundige Einwohnerin, bat um Mitteilung, wie viele Unfälle und an welchen Orten auf Schulwegen in diesem Schuljahr geschahen. Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass die Kleingartenkonzeption im Planungsausschuss besprochen werde. Da diese auch von stadtklimatischer Bedeutung sei, möchte er wissen, warum keine Behandlung im Ordnungs- und Umweltausschuss erfolge. Er bat darum, die Vorlage auch in der nächsten Sitzung des Ordnungs- und Umweltausschusses zu behandeln. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin des Umweltamtes**, sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Antwort zu den gefällten Robinien in der August-Bebel-Straße. Er habe aber gefragt, wann die Ersatzpflanzung erfolge, und nicht, bis wann sie angeordnet sei. **Herr Spies, Ressortleiter Grünflächenpflege**, teilte mit, dass diese in der derzeit laufenden Pflanzperiode (Oktober bis November) durchgeführt werde.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle, regte an, die Treppe zum Ratshof auch an Sonntagen zu reinigen. Er übergab der Verwaltung zwei Fotos, welche starke Verschmutzungen der Treppe am Sonntagvormittag des 09.09.2012 zeigten.

Herr Dr. Rürup, Sachkundiger Einwohner, bat um Aufstellung zusätzlicher Bänke an Haltestellenbereichen in Halle-Neustadt, da dort sich in der Nähe sehr viele Seniorenwohnheime befinden. **Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, regte dies auch für die Bushaltestellen in Dölau an.

Frau Dr. Schöps, Sachkundige Einwohnerin, regte bezugnehmend auf die Mitteilung zu Kosten für Lichtzeichenanlagen an, Wartungsverträge mit Fremdfirmen zu optimieren.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.10.2012

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter

Oliver Paulsen
Ausschussvorsitzender

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Wolfram Neumann
Beigeordneter

René Müller
Protokollführer